

Antrag D02: Mitbestimmung überall – her mit demokratischen Hochschulen

Laufende Nummer: 39

Antragsteller*in:	Juso-Hochschulgruppe Bielefeld
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	D - Demokratie und Kampf gegen Rechts

1 Mitbestimmung überall – her mit demokratischen Hochschulen

2 Extreme Ideologien, Falschinformationen durch populistische Akteur*innen und
3 gesellschaftliche Spaltung bedrohen Toleranz und den politischen Diskurs in
4 Deutschland. Unsere Demokratie ist in Gefahr. Mit fast drei Millionen Studierenden
5 und über 800.000 Beschäftigten haben Hochschulen großen gesellschaftlichen Einfluss.
6 Sie beeinflussen maßgeblich, den Umgang miteinander, wie diskutiert wird und lehren
7 Verantwortung zu übernehmen. Gerade deshalb sollten sie Demokratie leben. Wer an
8 einer demokratisch organisierten Hochschule lernt, entwickelt Fähigkeiten, die auch
9 für die Gesellschaft wichtig sind. Darunter zählen Mitbestimmung, Fähigkeit zum
10 konstruktiven Streit und politische Teilhabe. Dass sich hier bislang wenig verändert
11 hat, liegt an starren Strukturen, fehlender Priorität und ungleichen
12 Machtverhältnissen. Doch angesichts der aktuellen politischen Lage ist die
13 Demokratisierung der Hochschulen dringender denn je. Sie können und müssen Vorbilder
14 gelebter Demokratie sein. Sie müssen Orte sein, an denen Beteiligung, Toleranz und
15 Diskurs täglich praktiziert werden.

16 Demokratie der Wenigen?!

17 Studierende stellen an allen Hochschulen mit Abstand die größte Statusgruppe dar und
18 prägen das akademische Leben maßgeblich. Trotz dieser zentralen Rolle spiegelt sich
19 ihre Bedeutung jedoch nicht in Hochschulstrukturen wider. In Senaten und
20 Senatskommissionen herrscht ein Ungleichgewicht der Stimmenverteilung, das die Gruppe
21 der Professor*innen deutlich bevorzugt. Dieses strukturelle Machtgefälle führt dazu,
22 dass studentische Perspektiven und Anliegen in hochschulpolitischen
23 Entscheidungsprozessen oftmals nur eingeschränkt Gehör finden. Das demokratische
24 Mitbestimmungsrecht der Studierenden, ebenso wie das weiterer Statusgruppen, wird
25 dadurch enorm beschnitten. Eine wirklich partizipative Hochschuldemokratie, welche
26 alle Mitglieder gleichberechtigt einbindet, bleibt so unerreicht und der aktuelle Weg
27 widerspricht unserem Verständnis von demokratischen Prinzipien. Um Hochschulen als
28 Orte lebendiger Demokratie zu gestalten, braucht es daher einer Reform der
29 Strukturen. Nur so können Hochschulen ihrem Anspruch als Räume der Mitgestaltung,
30 Offenheit und sozialen Verantwortung gerecht werden.

31 Unsere Stimmen brauchen Schutz!

32 Wir brauchen Schutz für alle Formen studentischer Vertretungen und studentischer
33 Proteste! In einer Zeit, in der rechtsextreme Tendenzen und antidemokratische Kräfte
34 zunehmend an Einfluss gewinnen, geraten gerade diese demokratischen Strukturen ins
35 Visier. Sie werden diffamiert, angegriffen und in ihrer Existenz infrage gestellt.
36 Und das, obwohl – oder gerade, weil – sie Orte lebendiger Mitbestimmung, Vielfalt und
37 politischer Bildung sind. Studentische Selbstverwaltungen sind weit mehr als bloße
38 Verwaltungsorgane. Sie sind Ausdruck gelebter Demokratie, Orte des kritischen

Diskurses und des sozialen Engagements. Hier lernen junge Menschen Verantwortung zu übernehmen, solidarisch zu handeln und demokratische Entscheidungsprozesse aktiv mitzugestalten. Diese Räume sind unverzichtbar für eine offene, tolerante und pluralistische Hochschulkultur. Gerade jetzt, in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung, braucht es starke studentische Vertretungen, die sich für Gleichberechtigung, Antidiskriminierung und demokratische Werte einsetzen. Auch in den Verwaltungsräten der Studierendenwerke muss die studentische Mitbestimmung geschützt werden und nicht wie gerade in NRW diskutiert wird, eingeschränkt werden um Sparmaßnahmen zu erleichtern. Der Schutz und die Stärkung der studentischen Selbstverwaltung und des studentischen Protests ist daher kein Randthema, sondern ein zentrales Anliegen demokratischer Hochschulentwicklung. Wer ASten, StuPas und StuRas schützt, schützt letztlich die Demokratie an der Hochschule und weit darüber hinaus!

Machthierarchien den Kampf ansagen!

Allzu oft werden studentische Stimmen in hochschulpolitischen Diskussionen nicht ernst genommen. Statt ihre Perspektiven als wertvollen Beitrag zur Weiterentwicklung der Hochschule zu begreifen, begegnet man Studierenden häufig mit Skepsis oder gar Herablassung. Ihnen wird unterstellt, die Arbeit in Gremien und Ausschüssen nicht mit der nötigen Ernsthaftigkeit zu verfolgen. Warum werden studentische Belange belächelt, während die Anliegen der akademischen Kolleg*innen als selbstverständlich legitim gelten? Diese ungleiche Wahrnehmung offenbart ein tief verankertes Machtgefälle, das nicht nur in der Hochschulpolitik, sondern bereits im alltäglichen Lehrbetrieb spürbar ist. Studierende erleben früh, dass ihre Sichtweisen zwar angehört, aber selten wirklich berücksichtigt werden. Diese strukturelle Ungleichheit untergräbt den Grundgedanken der Hochschuldemokratie. Wenn Mitbestimmung zur bloßen Formalität verkommt und studentische Stimmen systematisch entwertet werden, verliert die Hochschule ihre Glaubwürdigkeit als Ort des kritischen Denkens, der Teilhabe und der gemeinsamen Gestaltung. Es ist an der Zeit, dieses Machtgefälle konsequent aufzubrechen. Studentische Vertretungen brauchen nicht nur Sitz- und Rederecht, sondern auch echte Einflussmöglichkeiten. Nur durch Gleichberechtigung, gegenseitigen Respekt und ein offenes Verständnis von akademischer Gemeinschaft kann eine Hochschule zu einem Ort werden, an dem alle Mitglieder aus allen Bereichen gehört und ernst genommen werden.

Wir brauchen Mitbestimmung und keinen Hürdenlauf!

Aktiv in der Hochschulpolitik zu sein, ist für Studierende ein Privileg. Es ist ein Privileg, das sich längst nicht alle leisten können. Während andere Statusgruppen ihre hochschulpolitischen Aufgaben in der Regel innerhalb ihrer bezahlten Arbeitszeit wahrnehmen können, geschieht studentisches Engagement ehrenamtlich, zusätzlich zum Studium, zusätzlich zur Lohnarbeit und zusätzlich zu privaten Verpflichtungen. Diese ungleiche Ausgangslage führt dazu, dass politische Teilhabe für viele Studierende faktisch unmöglich wird. Wer auf Nebenjobs angewiesen ist, um Miete und Lebensunterhalt zu finanzieren, kann sich kaum die Zeit und Energie leisten, um in Gremien, Senaten oder ASten mitzuwirken. Das Ergebnis ist eine soziale Schieflage in der Mitbestimmung: Es beteiligen sich vor allem diejenigen, die über ausreichend zeitliche und finanzielle Ressourcen verfügen, während andere Stimmen ungehört bleiben. Hochschulpolitik wird so, trotz ihres demokratischen Anspruchs, oft zu einem exklusiven Raum. Das widerspricht dem Grundgedanken gleichberechtigter Partizipation

und benachteiligt insbesondere Studierende aus Arbeiter*innenhaushalten, internationale Studierende oder Menschen mit Care-Verpflichtungen. Wenn Hochschulen ernsthaft wollen, dass Studierende Verantwortung übernehmen, dann müssen sie die strukturellen Hürden abbauen, die dieses Engagement erschweren und an der Seite von Studierenden gegenüber der Politik stehen. Denn gelebte Demokratie an der Hochschule darf kein Privileg für wenige sein. Gelebte Demokratie muss für alle zugänglich sein.

Hochschuldemokratisierung jetzt!

Die Demokratisierung der Hochschule ist ein komplexer Prozess. Es reicht nicht aus, Missstände zu erkennen, wir müssen sie auch aktiv angehen. Eine demokratische Hochschule entsteht nur, wenn Studierende, Lehrende und Beschäftigte gemeinsam Verantwortung übernehmen und Strukturen hinterfragen, die Beteiligung einschränken. Als Juso-Hochschulgruppe müssen wir uns stärker denn je dafür einsetzen, dass die Hochschule zu einem Ort echter Mitbestimmung, sozialer Gerechtigkeit und offener Diskussion wird. Nur wenn wir diesen Anspruch ernst nehmen und gemeinsam handeln, können wir einen spürbaren Wandel herbeiführen.

Darum fordern wir strukturelle Reformen, welche Hochschulen zu Orten lebendiger Demokratien werden lassen, unter anderem durch

- Bundesweit paritätisch besetzte Senate und Senatskommissionen
- Die Einrichtung eines studentischen Protektorats bzw. studentischen Vizepräsidium
- Einheitlich geregelter Umgang mit studentischen Perspektiven, welcher gesetzlich verankert ist
- Klare Auflagen zum Schutz der studentischen Selbstverwaltungen und Vertretungen
- Anerkennung studentischen Engagements im Studienverlauf sowie Möglichkeiten zur Verlängerung des BAföG-Bezugs
- Einführung mindestens eines festen Zeitslots pro Woche für Gremiensitzungen, der nicht mit Lehrveranstaltungen belegt werdend darf
- Verlängerung des BAföG-Bezugs
- Es soll in allen Bundesländern an der verfassten Studierendenschaft festgehalten oder wieder eingeführt werden